

grüne 05 | 05 blaetter

>> grüne Landesschau

> **Offensiv gegen Rechts** - eine Frage des politischen Anstands, 60 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager. Besteht auch keine Gefahr für die Demokratie, so sind immer gewalttätigere Rechtsextreme dennoch gefährlich, so **Andreas Braun**, Landesvorsitzender. Aktionsvorschläge sollen folgen.

> **Wir trauern nicht** um Obrigheim - das KWO und die Kommune sind fast Synonyme für Atomenergie. Denn der Umstieg auf erneuerbare Energien wird viele neue Arbeitsplätze bringen, prophezeit **Sylvia Kotting-Uhl**, Landesvorsitzende.

> **Was lange währt ...** Vielleicht wird vor Gericht nie geklärt, was **Franz Untersteller** vor über 10 Jahren herausfand: Dass das AKW nicht nur 19 Jahre ohne Dauerbetriebsgenehmigung, sondern letztlich sogar illegal betrieben wurde. Egal: der Schrottreaktor wird ausgemustert - und nur das zählt.

> **Schnell ist er**, mit dem Mundwerk zumindest - aber modern? Zukunftsorientiert? Schau'n wir mal: An seinen Taten messen lassen muss sich Oettinger als neuer MP, so der designierte Spitzenkandidat **Winfried Kretschmann**.

> **Reich an Schulden** ist das Land - es muss gespart werden. Das tut die Landesregierung - bei den Falschen. Und vor allem nicht strukturell. Das dicke Ende kommt erst noch, meint **Ralph Bürk**, Berater für Finanzpolitik.

> **Kredite, Credits, Garnix** - was soll werden nach dem BVerfG-Urteil zum Studiengebührenverbot. Über das Für und Wider finanzieller Eigenbeteiligungen von Studierenden **Theresia Bauer** (MdL, Hochschulpolitikerin) und **Simon Ding** (Grüne Jugend).

> **"Die andern sind noch schlechter"**: So verteidigt sich die Landesregierung. Kein Grund, alles beim Alten zu lassen, kontert die grüne Landtagsfraktion. Mit ihrer Kampagne "Plan B" stellt sie Konzepte für eine bessere Bildung vor. Von **Rudi Hoogvliet**, Öffentlichkeitsreferent.

> **25 Jahre und kein bisschen müde**: Zum Jubiläum der Landtagsfraktion gibt's eine Feier (mit Joschka), Rückblicke (im Internet) und Ausblicke (auf die kommenden Themen in der Politik).

Offensiv gegen Rechts!

Der jüngste Verfassungsschutzbericht für Baden-Württemberg macht deutlich, dass Rechtsextremismus und Neofaschismus beileibe nicht nur ein Problem in den neuen Bundesländern sind. Vielmehr ist gerade auch in Baden-Württemberg der organisierte Rechtsextremismus auf bestem Weg, sich als Wolf im Schafspelz gesellschaftlich zu etablieren. Anders als gewohnt, selbstverständlich - und genau das macht diese neue Form des Neofaschismus so gefährlich. So ist einerseits zu beobachten, dass die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads und sonstiger gewalt-

bereiter Rechtsextremer immer weiter steigt, was im vergangenen Jahr zwangsläufig auch zu einem Ansteigen rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten geführt hat. Gleichzeitig nimmt die rechtsextreme Musikszene, die - so der Verfassungsschutzbericht - für Jugendliche "attraktiv" sei, ebenfalls weiter zu, insbesondere bei den Zahlen der (bekannt gewordenen) Konzerte und deren BesucherInnen. Immer wieder gibt es darüber hinaus Versuche, Tonträger mit rechtsextremistischer Musik kostenlos in den Schulen zu verteilen.

Nicht immer gelingt es rechtzeitig, dies zu unterbinden.

Andererseits steigen die Mitgliederzahlen offen neonazistischer Vereinigungen (Wehrsportgruppen, Kameradschaften etc.), während die der rechts-extremistischen Parteien in Baden-



Württemberg weiter leicht sinkt. Erklärt wird dies vor allem mit der hierzulande immer noch herrschenden Zersplitterung der Rechtsparteiszene und der damit verbundenen Unattraktivität für potenzielle AktivistInnen.

Während wohl zu erwarten steht, dass sich NPD und DVU zu den Landtags- (und Bundestags-) Wahlen im kommenden Jahr entweder zu einem Bündnis zusammenschließen oder vereinbaren, dass nur eine der beiden Organisationen antritt, lehnen die "Republikaner" weiterhin (noch?) eine engere Kooperation mit DVU und NPD zumindest nach außen ab.

Wir erinnern uns: Immerhin zwei Legislaturperioden lang saßen die "Republikaner" im baden-württembergischen Landtag, und alle demokratischen Parteien atmeten 2001 hörbar auf, als sie - knapp - an der 5%-Hürde scheiterten.

Die Erfolge der Rechtsparteien in Brandenburg und Sachsen, wo absprachegemäß DVU bzw. NPD alleine antraten, macht allerdings deutlich, dass sie in der Lage sind, Parlamentssitze zu erobern, wenn sie es nur geschickt und koordiniert anstellen.

Die Stimmung für rechtsextremistische und neonazistische Parolen, oft kaschiert mit vermeintlich "sozialen" Themen ("Hartz IV muss weg" - so eine zentrale NPD-Aussage im sächsischen Wahlkampf, die auf fruchtbaren

Boden fiel), ist offensichtlich vorhanden - wie ist beispielsweise anders zu erklären, dass "Aufmärsche" dieser Organisationen in Schwäbisch Hall und anderswo in der Regel nahezu unbeachtet von der breiten Öffentlichkeit stattfinden.

Ich plädiere für eine sehr offensive Auseinandersetzung und für einen sehr offensiven Umgang mit diesem Bodensatz der Demokratie: Es ist sicherlich nicht so, dass aus dem zersplitterten rechtsextremen und neonazistischen Spektrum eine tatsächliche Gefahr für den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entstehen kann.

Die offensive Auseinandersetzung mit dieser Politikszene gehört aber gerade zum 60. Jahr der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager, gehört aber gerade im 60. Jahr des Kriegsendes zum politischen Anstand und zur politischen Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Nicht wegducken, sondern offensiv gegen Rechts - auch dazu wird es von uns bis zur Landtagswahl eine Reihe von Aktionsvorschlägen und Aktivitäten geben.

>> Andreas Braun
Landesvorsitzender
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden Württemberg

"SÜDWESTGRÜN"

Im online-Rundbrief "SÜDWESTGRÜN" informiert die baden-württembergische Landesgruppe in Berlin über aktuelle bundespolitische Themen sowie wichtige Diskussionen und Entwicklungen in den jeweiligen Fachbereichen.

"Südwestgrün" wird per eMail verschickt und kann beim Bundestagsbüro Alexander Bonde abonniert werden.

www.suedwestgruen.de

Baden-württembergische Energiepolitik ohne AKW Obrigheim!

Erst mal Hurra - Hurra, Hurra!! Ein Schritt, der lange überfällige erste Schritt in Baden-Württemberg raus aus der Atomkraft. Wie haben wir, die wir im 30 km-Radius von Obrigheim leben, gekämpft um die Stilllegung dieses Schrottreaktors, was haben wir demonstriert, argumentiert, uns widersetzt, auf die Straße gesetzt - und wurden doch immer davon getragen von der Macht des Faktischen. Zuletzt vom Kanzler-Versprechen an den damaligen Chef der EnBW, Gerhard Goll, Obrigheim dürfe über die im Atomkonsens zugesagte Frist hinaus am Netz bleiben - noch mal zwei lange Jahre, die uns Grüne bei den AtomkraftgegnerInnen viel Glaubwürdigkeit und den KV Neckar-Odenwald 20% seiner Mitglieder kosteten.



Was haben die Klärgemeinschaft "Obrigheim Abschalten" und die grüne Landtagsfraktion gekämpft, um den ganzen Wahnwitz eines AKW publik zu machen, dessen Bau nicht der Genehmigung entsprach, und das bis zu den Zeiten des SPD-Umweltministers Harald Schäfer nie eine dauerhafte Betriebsgenehmigung besaß.

Gewonnen! Steinig war's und lang und jetzt ist es vorbei.

Vorbei? Aufpassen, liebe Freundinnen und Freunde, die Energiewende ist noch nicht in trockenen Tüchern. Die Strategie der Union und einiger einflussreicher Medien, die Rot-Grün bisher durchaus wohl gesonnen waren, aber jetzt die Mär verbreiten, Grüne seien eine Partei für Schönwetterzei-

ten, kann verfangen. Eine wie von Bundespräsident Horst Köhler gemachte Ansage "Vorfahrt für Arbeit" wird zum Credo immer weiterer Kreise. Arbeit - egal wofür und egal zu welchen Bedingungen: Ein Motto, das Standards für Arbeit, Umwelt- und Naturschutz, Kampf gegen Diskriminierung und den Ausstieg aus der - angeblich - billigen Atomkraft als nachrangig und hinderlich für die Schaffung von Arbeitsplätzen sieht, kann greifen. Für diese Falle sind wir nicht die passende Beute! Grüne vernichten keine Arbeitsplätze, wenn sie auf der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards beharren. Grüne schaffen globalisierungsfeste Arbeitsplätze, indem sie auf regionale Kreisläufe, Qualität und Nachhaltigkeit setzen.

Die Abschaltung eines AKW ist dafür ein gutes Beispiel. Natürlich gehen direkt in Obrigheim Arbeitsplätze verloren. Nicht im AKW selbst - da ist durch den langwährenden Rückbau alles geregelt. Aber im Umfeld. Obrigheim hatte durch das AKW eine beständige Hochkonjunktur und hat Gewerbesteuern weit über das Maß einer Kommune dieser Größe eingenommen. Damit ist es vorbei. Diese Gewerbesteuern können sich in Zukunft auf die Fläche verteilen, die erneuerbare Energien produziert und moderne Technologie gegen den übermäßigen Verbrauch von Energie entwickelt und einsetzt. Darüber muss Obrigheim nicht lange trauern, denn auch Obrigheim hat die Chance sich umzustellen. Das EEG hat im Neckar-Odenwald-Kreis bereits 180 Arbeitsplätze geschaffen oder vor der Wegrationalisierung bewahrt. Das Potenzial ist ein Vielfaches. Der Umstieg von einer kapitalintensiven auf eine arbeitsplatzintensive Energieversorgung kann überall im Land seinen Segen entfalten, wenn Landesre-



www.gruene-bw.de

gierung und EnBW endlich aufhören geistig und politisch zu blockieren. Die Energiewende schafft Arbeitsplätze. Sie ist ein El Dorado für Handwerker, für Tüftler und Erfinder, für Mittelstand und Kleinstunternehmer.

Und auch daran müssen Grüne immer wieder mal erinnern: Sie schafft Gründe für Krieg ab, verringert die Möglichkeit der Proliferation und befreit uns vom Risiko eines GAU. Im Gegensatz zur Energieproduktion mit endlichen Ressourcen wie Öl und Uran hat sie eine Option auf Dauer und kann ein wirtschaftlicher Renner wie einst der VW Käfer werden: läuft und läuft und läuft ...

Deshalb, auch wenn Obrigheim in Baden-Württemberg erst der Anfang ist: Hurra!

>> Sylvia Kotting-Uhl
Landesvorsitzende
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden Württemberg

Atomarer Showdown im Madonnenländchen

Das Atomkraftwerk Obrigheim geht vom Netz

37 Jahre nach Inbetriebnahme geht in diesen Tagen das älteste deutsche Atomkraftwerk vom Netz - für immer.

Während das niedersächsische AKW Stade von seinen Betreibern aus wirtschaftlichen Erwägungen vorzeitig vom Netz genommen wurde, wird das AKW Obrigheim als Ergebnis des von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzten Atomausstiegsgesetzes abgeschaltet. Kein anderes Kraftwerk in Deutschland wurde in Bezug auf die sicherheitstechnische Auslegung, aber auch im Hinblick auf die genehmigungsrechtliche Situation so intensiv von den Grünen und der Umweltbewegung durchleuchtet wie das KWO.

Die "Chronique scandaleuse" um das AKW geht bis weit in die 80er Jahre zurück. Die unzureichende sicherheitstechnische Auslegung der Anlage wurde erstmals von der grünen Landtagsfraktion Ende 1986 thematisiert. Es war ebenfalls die Landtagsfraktion der Grünen, die nur ein Jahr später 1987 aufdeckte, dass der Reaktor bis zu diesem Zeitpunkt über 19 Jahre hinweg mit einer Probetriebsgenehmigung betrieben wurde, eine Dauerbetriebsgenehmigung aber nie erteilt wurde.

In einem Land, in dem selbst leicht überdimensionierte Gartenhäuschen nach behördlicher Verfügung der Abrissbirne zum Opfer fallen, war dies eine schier unglaubliche Geschichte. Aber die Grünen hatten Recht, wie das VGH (Verwaltungsgerichtshof)-Urteil von 1989 zeigte, in dem die höchsten Verwaltungsrichter des Landes das Fehlen der

Dauerbetriebsgenehmigung bestätigten. Dieses Urteil war Anlass für den damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth, das AKW umgehend stillzulegen und ein ganzes Jahr abzuwarten, bis der Bundesgerichtshof in einem Revisionsverfahren ein Erbarmen mit den Betreibern hatte. In ihrer recht skurril anmutenden Urteilsbegründung bestätigten die Richter des Bundesverwaltungsgerichts, dass der Reaktor zwar tatsächlich nur im Probebetrieb lief, es allerdings nirgends geregelt sei, dass nicht auch 19 Jahre Probebetrieb bei einem AKW möglich seien. Dennoch, so die Richter damals, sei jetzt langsam eine Dauerbetriebsgenehmigung fällig.

Diese zu erteilen machten sich kurz darauf der damalige Umweltminister der Großen Koalition, Harald B. Schäfer (SPD) und sein Parteikollege im Amt des Wirtschaftsministers, Dieter Spöri, zur Aufgabe. Das von beiden gewählte Konstrukt, wichtige Sicherheitsanforderungen als nachträgliche Auflagen in die Genehmigung zu packen, stieß damals auf heftige Kritik der grünen Landtagsfraktion. Wenig später sollte sich zeigen, dass diese "Daumenschrauben" (Harald B. Schäfer) kaum mehr waren als politisch wertlose Wattebäusche. In einem weiteren Urteil kassierten die Richter des VGH Mannheim 1995 die Dauerbetriebsgenehmigung: Schäfer und Spöri wären verpflichtet gewesen, die Einhaltung wichtiger sicherheitsrelevanter Anforderungen vor Erteilung der Dauerbetriebsgenehmigung zu überprüfen und nicht in Form nachträglicher Auflagen bei laufendem Betrieb abzuprüfen. Somit lief die Anlage 23 Jahre nach Inbetriebnahme wieder im Probebetrieb.

Es folgte von 1994 bis 1996 ein von den Grünen beantragter Untersuchungsausschuss im Landtag, der die Frage klären sollte, ob die Anlage überhaupt genehmigungskonform errichtet wurde - eine Frage,

die bis zum heutigen Tag nicht geklärt wurde. Nach intensiver Überprüfung der Genehmigungsakten und einer umfangreichen Zeugenbefragung waren wir seitens der grünen Landtagsfraktion mehr denn je der Auffassung, dass wesentliche Komponenten der Anlage (z.B. der Reaktordruckbehälter) abweichend von den in den sechziger Jahren behördlich erteilten Errichtungsgenehmigungen realisiert wurden. Sollten wir Recht haben - die Fakten dazu haben wir zum Abschluss des Untersuchungsausschusses in einem detaillierten Bericht zusammengetragen - hätte dies zur Folge, dass die Anlage von Beginn an ohne erforderliche Genehmigung - sprich illegal - betrieben worden wäre.

Eine dritte Klage, die eben diese Frage klären sollte, wurde vor über zehn Jahren eingereicht und ist bis heute nicht entschieden. Seit 1994 liegt dem VGH eine Klage gegen den "ungenehmigten Betrieb einer kerntechnische Anlage" vor, und eine Entscheidung darüber wurde immer wieder hinausgezögert.

Die jetzige Stilllegung nach dem Atomausstiegsgesetz kommt der richterlichen Entscheidung zuvor. Das Kraftwerk hat mit 37 Jahren fast die Altersgrenze von 40 erreicht, die man einem solchen Kraftwerk zubilligt.

>> Franz Untersteller
Parlamentarischer Berater
GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

>> Dienstleistungsrichtlinie

Umfangreiches Info-Paket zur aktuellen Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie auf www.heide-ruehle.de

Prinz Charles am Ziel

Alles beim Alten mit dem Neuen?

Seit dem 21. April hat das Land einen neuen Ministerpräsidenten. Das Land kann wieder regiert werden. Und die Frage, die allerorts, natürlich auch bei uns, gestellt wird, lautet: was wird sich ändern mit Günter H. Oettinger, dem neuen Amtsinhaber?

Nun, erstmal stellen wir fest: Günter Oettinger hat als Fraktionschef der CDU im Landtag 14 Jahre lang die Regierungspolitik von Erwin Teufel gestützt und getragen. Eigene Akzente hat er nicht gesetzt. 14 Jahre lang hat er beim Königsrecht des Parlaments, der Haushaltspolitik, neue Schulden gemacht. Er hat den Umweltschutz vernachlässigt, die Kinderbetreuung klein gehalten und den Ausbau der erneuerbaren Energien diskreditiert. Er hat die umstrittene Verwaltungsreform mitgetragen, die Landesstiftung, den größten Schattenhaushalt des Landes, mitgegründet.

Günter Oettinger mag sich gefallen in der Rolle eines modernen CDUlers. Er ist ein schneller Denker, gewiss. Aber genau so schnell wechselt er Themen und, falls opportun, auch die Meinung. Machtbewusstsein war immer erkennbar, eine politische Linie nicht. Und die Partei? Sogar der beste Modernisierer hätte seine liebe Not, aus der Baden-Württemberg-CDU eine zukunfts-gewandte Partei zu machen.

Aber geben wir ihm seine Chance: Nicht an seinen Worten, an seinen Taten werden wir ihn messen. Denn es gibt wahrlich viel zu tun. In vielen Bereichen ist das Land schlecht aufgestellt und hat die Teufel-Landesregierung die Aufgaben liegen lassen.

> Die Sanierung des Landeshaushaltes wird nach vielen verlorenen Jahren eine Herkules-Aufgabe für die neue Regierung. Es gibt vage Ansagen von

Oettinger, die in die richtige Richtung deuten. Was vom angekündigten "Stopp der Verschuldung in meiner Generation" erkennbar umgesetzt wird; was sich letztlich hinter den angemahnten strukturellen Verände-



rungen verbirgt, wird sich zeigen. Wir haben unsere Vorstellungen und Konzepte entwickelt und auf den Tisch gelegt; der neue Ministerpräsident noch nicht.

> PISA zeigt: Das Bildungssystem muss rundum erneuert werden. Aber die alte und neue Kultusministerin Annette Schavan erklärt, sich keinen Millimeter bewegen zu wollen. Immerhin verkündet Günter Oettinger, die Ganztageschule ausbauen zu wollen und die Ganztagsbetreuung flächendeckend nach Bedarf für alle Altersgruppen anzubieten (seine Schnellschüsse "Kindergartenpflicht" und "Schuluniform" lassen wir mal unerwähnt). Wir haben Vorschläge für eine neue Bildung und für eine bessere Kinderbetreuung. Auch hier werden wir kritisch verfolgen, was Günter Oettinger bereit ist umzusetzen - von unseren Konzepten und von seinen eigenen Ideen.

> Nichts wurde unter Erwin Teufel mehr vernachlässigt als die Ökologie. Die Förderung der Windkraft, den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft hat er sogar entschieden bekämpft. Günter Oettinger sucht nun den Anschluss, spricht mit Umweltverbänden, signalisiert, sich dem Naturschutz zu öffnen und kann sich die Förderung der erneuerbaren Energien vorstellen (aber nur, wenn die Laufzeit der AKWs verlängert wird). Wir lassen mit uns reden (wenn auch nicht über den letzten Punkt). Aber auch hier gilt: Nicht an den Worten, sondern an den Taten....

Kurzum: Die CDU ist unser politischer Gegner. Daran ändert sich mit einem neuen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Günter Oettinger nichts. Ich habe ihn bisher als offen und pragmatisch argumentierenden Politiker erlebt. Der parlamentsinterne Umgang mit ihm war kollegial. Wenn er gute Vorschläge hat, werden wir uns denen nicht verschließen und - wie in den vergangenen Jahren auch - in einzelnen Punkten kritisch-konstruktiv kooperieren. Aber in der Hauptsache kämpfen wir für mehr Grün fürs Land. Und das ist mit den Schwarzen bisher nicht zu machen.

>> Winfried Kretschmann
Fraktionsvorsitzender
GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Kein Ziel, kein Geld und neue Schulden

Landeshaushalt 2005/2006

Es war wie Stoff für einen Krimi: Mitten in den Haushaltsberatungen reduziert die Rating-Agentur "Standard & Poor's" die Bonität des Landes und seiner Landesbank. Das hatte es bisher noch nie gegeben im Ländle, das sich immer für Spitze gehalten hatte. Die Verschuldung des Landes hat sich in der Regierungszeit Erwin Teufels verdoppelt - von 40 Milliarden DM auf 40 Milliarden Euro. Inzwischen reichen die neuen Schulden nicht mal mehr, um die Zinsen für die alten zu bezahlen!

Nur mit windigen Finanzierungstricks kann die Landesregierung die Verfassungswidrigkeit des Haushalts vermeiden: Für über 500 Millionen Euro wurden Zinsforderungen aus einer "stillen Beteiligung" bis zum Jahr 2017 verkauft. Hätte man für den Betrag Schulden aufgenommen, wäre der Haushalt verfassungswidrig geworden. Pikant dabei: Diese stille Beteiligung war mit Krediten finanziert worden.

Das Land nutzt eine Gesetzeslücke in der Grauzone der Finanzverfassung. Wer würde solchen Leuten Geld leihen?

Schlimm genug, doch die aktuelle Haushaltssituation ist nur ein Symptom tiefer liegender Strukturprobleme: Im Landeshaushalt klafft eine strukturelle Lücke von über 3 Mrd. Euro, die nicht mit Rotstift und Handbremse, sondern nur durch konsequente Aufgabekritik und Strukturreformen geschlossen werden kann. Welche Aufgaben soll das Land künftig noch erfüllen? Was soll entfallen? Wo braucht es neue Schwerpunkte der Landespolitik?

Nachhaltige Finanzpolitik braucht einen langen Atem und den Mut zur Veränderung. Nichts davon war bei den Haushaltsberatungen im Landtag zu spüren: Die Grünen brachten strukturelle Vorschläge ein für die Finanzverwaltung, die Landwirtschaft, die Wirtschaftsförderung, die Justiz - verbunden mit der Einsparung von über 4.000 Stellen über die nächsten Jahre. Das ist nur ein Einstieg: Bis 2015 geht es um den Wegfall von 20.000 Stellen im Landesdienst und strukturelle Einsparungen von 1,5 Mrd. Euro. Die von den Grünen beantragte Streichung der 13. Monatspension der gut versorgten Ruhestandsbeamten des gehobenen und höheren Dienstes bringt alleine pro Jahr eine Einsparung von 100 Mio. Euro!

Und man spart in kleiner Münze dort, wo Menschen sich für Gemeinwohl und Gemeinsinn engagieren: Bei den Selbsthilfeorganisationen, bei der Bildung, bei den Abendschulen und der Sozialarbeit an den Schulen. Auf Druck der Öffentlichkeit und der Oppositionsfraktionen wurden diese Kürzungen von Schwarz-Gelb dann teilweise wieder zurückgenommen.

Die Grünen im Landtag werden die Politik der Zukunftsentlastung und der nachhaltigen Finanzpolitik fortsetzen. Wir können nachfolgenden Generationen nicht einen Staatshaushalt hinterlassen, der im Schuldendienst versinkt und keinerlei politische Handlungs-

spielräume mehr bietet. Dies bedeutet harte Wahrheiten und dies bedeutet klare Prioritäten. Die eindeutige Priorität für Baden-Württemberg heißt Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Bessere Schulen, bessere Hochschulen - dies fördert die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die Steuereinnahmen, die der Landeshaushalt braucht.

>> Dr. Ralph Bürk
Parlamentarischer Berater
GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Das Studiengebührenverbot ist gefallen - was jetzt?

>> StudienCredits statt Studiengebühren!

Der Damm ist gebrochen mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Die Länder dürfen Studiengebühren einführen. Baden-Württemberg will ganz vorne dabei sein mit zunächst einheitlich 500 Euro pro Semester. Nichts Genaueres soll man allerdings vor dem nächsten Wahltag erfahren, sonst könnten die Menschen merken, dass es mit der Sozialverträglichkeit nicht weit her ist und dass sich auch die Studienbedingungen allein durch zusätzliches Geld nicht wesentlich verbessern werden.

Dennoch: Die seit Jahren festgefahrene stereotype Pro- und Contra-Studiengebühren-Debatte muss schleunigst aufgebrochen werden. Wer auf den weiteren Gang der Dinge Einfluss nehmen will, muss etwas zu sagen haben über das "Wie" von Gebührenmodellen, denn das "Ob" ist entschieden.

Mit dem StudienCredit-Modell haben wir Grünen im Land eine konkrete Alternative zu allgemeinen Studiengebühren auf den Tisch gelegt:

> Der Einstieg bleibt gebührenfrei mit einem StudienCredit-Guthaben, das mindestens bis zum Bachelor-Abschluss reicht. Denn wir wollen, dass mehr Menschen als heute erfolgreich studieren.

> Studierende bekommen von Anfang

an mehr Einfluss an der Hochschule, damit sich die Studienbedingungen verbessern. Studierende entscheiden über ihre StudienCredits mit, wohin das staatliche Geld an den Hochschulen fließt.

> Finanzielle Eigenbeteiligung setzt ab dem Master-Studium ein, damit Studierende sorgsam mit der wertvollen Ressource Hochschulbildung umgehen und als Anerkennung für den individuellen Vorteil, den sie dadurch erfahren. Im Gegenzug legt der Staat fest, sich nicht aus der Finanzierung zurückziehen.

Finanzielle Eigenbeteiligung von Studierenden darf aus grüner Sicht kein Tabu sein, wenn die Bedingungen stimmen:

> Niemand darf aus finanziellen Gründen vom Studieren abgehalten werden.

> Alle Kosten eines Studiums - vom Lebensunterhalt bis zu Studienbeiträgen - müssen nachlaufend und einkommensabhängig refinanzierbar sein.

> Zusätzliches Geld muss direkt zur Verbesserung der Studienbedingungen führen, und Studierende erhalten Mitsprache über dessen Verwendung. Keine einzige dieser Bedingungen können Minister Frankenberg und CDU/FDP auch nur annähernd erfüllen. Deshalb müssen wir sie an diesen Punkten angreifen. Lediglich das generelle Nein zu Studiengebühren zu postulieren, ist zwar plakativ, aber politisch wirkungslos.

>>Theresia Bauer
Hochschulpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

>> Auch das StudienCredit-Modell überzeugt nicht

Das StudienCredit-Modell der Landespartei besitzt ähnliche Schwächen wie alle Vorschläge, die die Erhebung von Studiengebühren vorsehen. Auch beim StudienCredit-Modell gibt es keine Gewährleistung dafür, dass die durch Studiengebühren erwirtschafteten Mittel direkt an die Hochschulen

fließen bzw. die staatlichen Landeszuschüsse nicht einfach reduziert werden, um damit den Landeshaushalt zu entlasten. Der Versuch, dieses Problem über einen so genannten Solidarpakt II zu lösen, ist nicht überzeugend. Der wäre nur eine eher unverbindliche Vereinbarung ohne Garantie zur Bindung der Mittel für die Hochschulen. Wie würde das Credit-Modell bei einer Regierungsbeteiligung der Grünen nach der nächsten Landtagswahl umgesetzt werden? Auch die Grünen im Landtag können weitere Anhebungen der Studiengebühren nicht ausschließen, wenn diese erst einmal gesetzlich verankert sind. Zu kritisieren ist auch die Definition des Erststudiums. Das StudienCredit-Modell spricht sich für ein gebührenfreies Erststudium aus, das lediglich den Bachelor und nicht den Master umfasst. Das würde konkret bedeuten, dass ab dem Master nachlaufende Gebühren erhoben werden. Noch ist unklar, wie die einzelnen Hochschulen den Bachelor ausgestalten und die Grenze zum Master ziehen werden. Zu erwarten ist aber, dass der Bachelor ohne den Master erheblich geschwächt und schwerlich vom Arbeitsmarkt akzeptiert werden wird. Darum hat der grüne Länderrat den Master klar als einen Teil des gebührenfreien Erststudiums definiert. Dem wird das Credit-Modell nicht gerecht! Des Weiteren ist zu befürchten, dass die knappen Credits die Studierenden vom Besuch fachfremder und interdisziplinärer Studienangebote abhalten. Wer kann sich schon leisten, sein Creditkontingent durch nicht abschlussrelevante Veranstaltungen zu schmälern? Als Kern des Credit-Modells gilt: "Geld folgt den Studierenden". Staatliche Zuschüsse der Hochschulen sollen sich an der Nachfrage durch Studierende orientieren. Über diesen Weg sollen attraktive Hochschulen durch verstärkte staatliche Zuschüsse belohnt und gefördert werden. Darüber hinaus sind Hochschulen längst nicht allein wegen eines qualitativ hoch stehendem Lehr- und Forschungsangebotes für Studierende attraktiv. Bei der

Auswahl des Studienortes hat die Nähe zum Heimatort oder die Qualität der Universitätsstadt erhebliche Bedeutung.

Die Grünen in Baden-Württemberg haben sich auf dem letzten Parteitag in Bad Saulgau für das StudienCredit Modell entschieden. Wir akzeptieren diese Entscheidung, bleiben aber bei unserer ablehnenden Haltung gegenüber diesem Modell.

>> Simon Ding
Grüne Jugend



>> Stand der grünen Landtagsfraktion auf der Didacta 2005

PLAN B - für bessere Bildung Die Bildungskampagne der GRÜNEN im Landtag

Alle Parteien und Landtagsfraktionen reden davon, wie wichtig Bildung ist. Doch die PISA-Studie hat gezeigt: Im internationalen Vergleich ist Baden-Württemberg nur Mittelmaß. Bildungszugang und Bildungserfolg hängen in Baden-Württemberg stark von der sozialen Herkunft ab: Zugangsgerechtigkeit ist nicht gegeben. Das Bildungssystem ist nicht leistungsfördernd: die Fähigkeiten junger Menschen werden nicht ausgeschöpft. Stattdessen werden sie sehr früh auf verschiedene Schularten aussortiert. Aber die CDU gibt sich damit zufrieden: Kultusministerin Schavan betonte erst vor wenigen Wochen, sie werde in ihrer Bildungspolitik "keinen Millimeter wackeln". Wir halten aber fest: Die Landesregierung ist mit ihrem bildungspolitischen Latein am Ende. Wir

werden uns weiterhin im Parlament mit der desaströsen Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung auseinandersetzen und suchen das Bündnis mit den BürgerInnen. Wir werben aktiv für unsere Konzepte und Vorstellungen für eine bessere Bildung im Land. Deshalb starten wir unsere Bildungskampagne: PLAN B - für bessere Bildung und mehr Leistung. Mit Konzepten für lebenslanges Lernen: von der frühkindlichen Förderung im Kindergarten bis zur Weiterbildung für Erwachsene. Mit einem realistischen Konzept für eine neue Schule, eine Basisschule, die alle Schülerinnen und Schüler individuell fördert und in der sie gemeinsam lernen. Und mit konkreten Ideen zur Erneuerung der Hochschulen. Mit zentralen Veranstaltungen und Bildungsinitiativen im Landtag und einer ausgedehnten Bildungstour durch 35 Städte und Gemeinden im Land.



Wir wollen, dass unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch alle, die weiterlernen, bessere Chancen bekommen. Wir wollen, dass unser Bildungswesen insgesamt leistungsfähiger wird. Deshalb ist jetzt die Zeit für PLAN B!

Wir würden uns freuen, wenn viele sich beteiligen. Nähere Informationen zur Bildungskampagne PLAN B findet ihr unter www.plan-b-jetzt.de. Gerne schicken wir euch die Infos und Kampagnenmaterial auch per Post zu. Ein Anruf oder eine E-mail genügen.

>> Rudi Hoogvliet
Presse/ÖFA
GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

25 Jahre Grüne im Landtag

Eine "zwischenstation" auf dem Weg zu weiteren Herausforderungen

Als letzte nach Landesverband und Bundesverband feiert in diesen Wochen die Landtagsfraktion ihr 25jähriges Jubiläum. Jubiläen sind Veranstaltungen, an denen man sich erinnert: An Ereignisse, Personen, Dokumente. Das macht die Fraktion auf einer extra eingerichteten Seite im Internet unter www.25jahregruene.de mit Fotos, Texten, Zeitungsausschnitten, Plakaten, Originaltönen u.v.a.m. Jubiläen sind aber auch Anlass, nach vorne zu blicken: Mit einer Reihe von hochkarätig besetzten Veranstaltungen hat sich die Fraktion mit Themen wie "Renaissance der Atomenergie oder Aufbruch nach neuen Ufern?", "Staatsreform zwischen Wettbewerb und Bürgergesellschaft" oder "Politik und Globalisierung" beschäftigt. Im Herbst rundet "Das Politische an der Kultur" (20.9.05, um 19.30 h im Landtag) den Reigen von Veranstaltungen ab.

Diese zwischenstationen wollen zeigen: 25 Jahre GRÜNE im Landtag haben unser Land verändert. Auch aus der Opposition heraus haben sich die Grünen im Landtag nie auf das Kritisieren beschränkt, sondern stets konstruktive, seriöse Politik gemacht und eigene zukunftsfähige Konzepte vorgelegt. Und dass die Grünen noch viel vorhaben zeigt die Fraktion mit den zwischenstationen auf dem Weg zu weiteren Herausforderungen. Und feiern tun wir auch:

Das Fest mit Joschka und viel Kultur findet statt am **3. Juni ab 19.30 h** - Anmeldung erforderlich (0711 2063-683).

>> Wolfgang Schmitt
Pressesprecher der Landtagsfraktion

>> Adressen

Landesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 90
Fax (0711) 99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Tel. (0711) 20 63 683
Fax: (0711) 20 63 660
post@gruene.landtag-bw.de
www.bawue.gruene-fraktion.de

Bundesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel. (030) 28 44 20
Fax (030) 28 44 22 10
bgst@gruene.de
www.gruene.de

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
10110 Berlin
Tel. (030) 227 56 789
Fax (030) 227 56 552
epost@gruene-fraktion.de
www.gruene-fraktion.de

Grüne Jugend Baden-Württemberg
Forststraße 93
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 975
Fax (0711) 99 35 999
info@gjbw.de
www.gruenejugend.de

Kommunalpolitische Vereinigung
GAR
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 990
Fax: (0711) 99 35 990
gar@gar-bw.de
www.gar-bw.de

>> Termine

3. Juni 2005: Jubiläumsfest der Landtagsfraktion u.a. mit Joschka Fischer im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart. Nähere Infos bei der Landtagsfraktion.

4. Juni 2005: Konferenzen in Karlsruhe und Ulm zum Landtagswahlprogramm. Nähere Informationen der LGS folgen.

16. Juni 2005: Abendveranstaltung der HBS Baden-Württemberg: "Frauenrechte im Kreuzfeuer der Fundamentalismen. Ladies Lunch on tour" in Stuttgart. Nähere Infos unter www.boell-ba-wue.de

18. Juni 2005: Seminar der HBS Baden-Württemberg: "Erste Erfahrungen mit Hartz IV. Besteht die Reform den Praxistest?" in Stuttgart. Nähere Infos unter www.boell-ba-wue.de

25./26. Juni 2005: 19. Landesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, Kraftwerk Neckartal, Rottweil: Neuwahl der Landesgremien

9. Juli 2005: Kreisvorständetreffen. Nähere Informationen der LGS folgen.

20. September 2005: "Das Politische in der Kultur": zwischenstationäre Veranstaltung der Landtagsfraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart. Infos bei der Landtagsfraktion.

24. September 2005: Bildungskongress von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in Mannheim, Rheingoldhalle. Nähere Informationen der LGS folgen.

>> Impressum

Herausgeber:
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
> Redaktion:
Ruth Birkle, Max Bleif, Dr. Kurt Köhler, Tanja Petry, Thomas Poreski, Susanne Roßbach, Wolfgang Schmitt, Daniela Wente
> Layout & Satz:
Katrín Ströbel
> Druck:
Oktoberdruck AG, Berlin (Auflage 6.500 Stück)